



Krone unter Kuratel

Im Wortlaut, 11. April 2012

Gesetzliche Krankenkassen wollen die Rechnungen von Zahnpatienten prüfen

Von Silvia Ottow

Die Forderung des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nach mehr Transparenz bei den Zahnarztrechnungen sorgt für Aufregung in der Branche.

Wer kennt das Problem nicht? Für eine vom Zahnarzt vorgeschlagene neue Krone oder einen Zahnersatz bekommt der Patient einen Kostenvoranschlag, bei dessen Studium in der Regel die ersten Verständnisschwierigkeiten auftauchen. Bei der Rechnung wird es noch komplizierter. Woher soll man wissen, ob die Preise angemessen sind oder nicht? Wo bekommt man eine verlässliche Zweitmeinung her? Was tun, wenn die Leistungen nicht halten, was sich Arzt und Patient von ihnen versprochen?

Mit allen diesen Fragen von Patienten sowie einer steigenden Zahl von Beschwerden und Haftungsansprüchen müssen sich immer öfter die Zahnexperten bei den Unabhängigen Patientenberatungsstellen beschäftigen. Etwa ein

Drittel der 2010 eingegangenen Beschwerden gegen Ärzte richteten sich laut »Süddeutscher Zeitung« gegen die Zahnmediziner. Für die Kassen ist dies ein Grund zu handeln. »Wir wollen endlich Transparenz bei den Zahnarztrechnungen«, sagte der Vize-Vorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Johann-Magnus von Stackelberg, der »Süddeutschen Zeitung« vom Dienstag. Einem Positionspapier des Verwaltungsbeirats des GKV-Spitzenverbandes zufolge fordern die Kassen, künftig auch den Teil der Rechnung prüfen zu dürfen, den die Versicherten selbst zahlen müssen. Zudem wollen die Kassen ein neues Abrechnungssystem mit eigenem Preiskatalog für die Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten aufbauen. Nach Einschätzung der GKV-Experten würden die Kosten der Patienten beim Zahnarzt damit deutlich sinken. Zuzahlungen für eine Krone oder eine Brücke wären immer noch nötig, aller Voraussicht nach aber deutlich niedriger als bislang. »Die Patienten müssten dafür ganz sicher weniger bezahlen«, sagte Stackelberg.

Bislang rechnen die Zahnärzte über die Gebührenordnung der privaten Versicherer ab. Erst im Januar 2012 hatten sich die Kosten für die Patienten erneut erhöht. Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, geht das Angebot des GKV-Spitzenverbandes, die Rechnungen der Zahnärzte schärfer zu kontrollieren, nicht weit genug: »Kontrolle ist gut, packt das Problem aber nicht an der Wurzel. Statt die Entwicklung weiter voranzutreiben, muss die Bundesregierung das Sachleistungsprinzip wiederherstellen und die Festbetragsregelungen beim Zahnersatz abschaffen. Medizinisch notwendiger Zahnersatz muss durch die Kassen voll übernommen werden«. Das sei im Rahmen einer Bürgerversicherung auch möglich.

Scharfe Kritik an den Plänen der GKV kam von der

Bundeszahnärztekammer, der Landesvertretung der Zahnmediziner. Der Gesetzgeber dünne die Leistungen immer mehr aus, der Patient müsse mehr zuzahlen. Für die galoppierenden Verwaltungskosten der Kassen und die Schieflage in der Verteilungsstruktur könnten die behandelnden Zahnmediziner aber nicht der Sündenbock sein, polemisierte Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer. Absurd findet die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), das Selbstverwaltungsorgan der Zahnärzte, die Forderung nach mehr Transparenz. Diese sei jederzeit gegeben, sagte Vorstandsvorsitzender Jürgen Fedderwitz. Er findet es ärgerlich, wenn sich die Kassen vordergründig als Anwälte der Patienten aufspielten, während sie Versorgungsdefizite ignorierten, die Bewilligung von Leistungen verschleppten und sich die Einsparungen aus der Zahnmedizin in die ohnehin vollen Taschen steckten.

neues deutschland, 11. April 2012